



Einkommensforderungen in Corona-Zeiten: Verzicht nein – Augenmaß ja

11.06.2020

In Kürze wird der Landtag über die Besoldungsstrukturreform für die Schleswig-Holsteinischen Beamtinnen und Beamten entscheiden. Außerdem steht für die Tarifbeschäftigten der Kommunen und des Bundes eine Einkommensrunde an. In Schleswig-Holstein gibt es etwa 100.000 Betroffene. Für den dbb schleswig-holstein ist auch angesichts der corona-Pandemie klar: Verzicht wäre ein völlig falsches Signal.

Dazu dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp: „Gerade in den letzten Monaten ist deutlich geworden, dass der öffentliche Dienst Kontinuität bietet, nämlich was einen funktionierenden Staat betrifft. Gleichzeitig benötigt er Kontinuität, was faire Arbeits- und Einkommensbedingungen betrifft. Doch da hakt es leider immer wieder. Einschnitte beschränken sich nicht auf die dafür vorgesehene Phase, sondern werden in Beton gegossen. So ist es auch mit der Besoldungskürzung durch die Streichung des Weihnachtsgeldes: Der vor Jahren als notwendiges Übel dargestellte Sparbeitrag wurde anders als zugesagt auch in den „fetten“ Jahren nicht korrigiert. Die Betroffenen verzichten noch heute, allein in diesem Jahr auf Beträge zwischen 1.000 und 4.500 Euro. Da ist sehr viel Vertrauen verloren gegangen.“

Das könne auch mit den aktuellen Plänen zur Besoldungs-strukturreform, in deren Mittelpunkt eine in 2022 abgeschlossene einprozentige Besoldungserhöhung steht, nicht wettgemacht werden. Deshalb fordert der dbb Nachbesserungen, allerdings entgegen bisheriger Forderungen nicht mehr für dieses Jahr.

Offen ist dagegen die diesjährige Tarifrunde für die Kommunen und den Bund. Die Tarifverträge laufen bis August. Der dbb appelliert an die Arbeitgeber, eine pragmatische Übergangslösung zu vereinbaren und die reguläre Tarifrunde auf das nächste Jahr zu verschieben. Wenn die Arbeitgeber aber für die Übergangsphase nichts zu bieten haben, wird am 18. Juni die Bundestarifkommission über die Kündigung der Tarifverträge entscheiden.

Die Schleswig-Holsteinischen Haushaltsdaten sprechen jedenfalls für moderate Personalkosten: Während die Nettoeinnahmen des Landes in den letzten 10 Jahren um 68,47 Prozent gestiegen sind, sind es bei den Personalausgaben nur 37,58 Prozent.

dbb Info – Dienst